

DER HAUPTFEIND EINES JEDEN VOLKES STEHT IM EIGENEN LANDE!
(Karl Liebknecht)

DER SPARTAKIST

ORGAN DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTEN ÖSTERREICHS
(Sektion der Vierten Internationale)

Aug./Sept. 1948

Nr. 35/36

Preis S 2.-

Vor acht Jahren, am 20. August 1940, verübte in Mexiko-City ein Agent der stalinschen Mord-GPU jenen verbrecherisch-keuchlerischen Anschlag auf das Leben des großen Führers des Weltproletariats, der russischen Revolution, des Kampfgefährten Lenins, auf

L E O T R O T Z K I ,

dem dieser nach wenigen Tagen erlag. Stalin glaubte, mit dieser Mordtat an dem unbeugsamen proletarischen Revolutionär Trotzki die revolutionäre Avantgarde des Weltproletariats, vereinigt in der IV. Internationale, deren Schöpfer und Führer Trotzki war, zu Tode zu treffen. Stalin hat geirrt! Seine Verbrechen werden auf ihn zurückfallen! Das Weltproletariat, die permanente Revolution wird über Imperialismus, Reformismus und Stalinismus triumphieren! Sie werden die Sowjetunion von der verbrecherischen entarteten Bürokratie befreien, die proletarische Demokratie wiederherstellen, die Errungenschaften des Oktober vor dem Untergang retten. Die siegreiche Weltrevolution wird die verbrecherische Stalinbürokratie zur Rechenschaft ziehen, wird sie vor das proletarische Gericht stellen, das alle ihre scheußlichen Verbrechen aufdecken wird!

In Trauer senken wir unsere Fahne! Im Geiste Lenin-Trotzkis kämpfen wir weiter! Der Sieg wird unser sein!

ES LEBE DIE IV. INTERNATIONALE!

DER BRUCH STALIN - TITO

=====

Der Bruch Stalin - Tito entwickelt sich so, wie wir vor vier Wochen eingeschätzt haben. Die Kluft hat sich seither nur noch vertieft. Das zeigen alle Ereignisse, die sich seither abgespielt haben und die wir im folgenden kurz Revue passieren lassen wollen. Die Haupttatsache, die sie zeigen, ist die, daß sich Tito trotz des ungeheuren Druckes behauptet hat und weiter behauptet. Die Frage wird immer akuter, wohin er sich schließlich wenden wird, welchen Weg er beschreiten wird und beschreiten wird müssen. Aber die Frage, was "oben" geschieht, ist für uns nur sekundär. Wir lenken unseren Blick auf die Arbeiter und armen Bauern Jugoslawiens, deren Bewußtsein durch diesen Zusammenprall Titos mit dem Kreml einen zweifellos mächtigen Anstoß erhalten hat. Aber auch das Bewußtsein der ehrlichen Arbeiterkommunisten in allen anderen Ländern wird von dem Konflikt Stalin - Tito nicht unberührt bleiben. Dies werden die kommenden Ereignisse noch zeigen.

Die Kominformoffensive geht weiter

Die Kominform setzt in ihrem Organ die Offensive gegen Tito und die jugoslawische Partei fort. Tito und Genossen werden von der Kominform als eine "nationalistische Bourgeoisieführung" denunziert, die den Weg des "leninistisch-stalinistischen Internationalismus" verlassen hätten. Stalinistischer Internationalismus! Lenin würde sich im Mausoleum umdrehen, wenn er den Stalinschen "Internationalismus" am Werk sehen könnte! Natürlich bellt die ganze Bürokratenclique der Pauker, Togliatti & Co. gegen ihren gestrigen Kollegen Tito, vor dem sie auf dem Bauch lagen, solange er in der Gunst Moskaus stand, los. Diesem Chor hündischer Unterwürfigkeit schloß sich, nach anfänglichem Schweigen, die "Prawda" an, die bereits beginnt, Titos Methoden als faschistisch anzuprangern. Es wird also nicht mehr lange dauern und Tito wird von den Stalin & Co. zum Faschisten gestempelt werden. Die kommunistischen Arbeiter können so ersehen, wie schnell die Umwandlung des gestern noch linientreuen Tito in einen nationalistischen Bourgeoisführer und Faschisten vor sich geht! Die ganze Verwirrungs- und Vernebelungsoffensive der Kominform verfolgt den Zweck, die ehrlichen Arbeiterkommunisten total irrezuführen und sie vollständig unfähig zu machen, die reale Wurzel des Bruches Stalin - Tito zu erkennen. Die vollkommen entartete Kremlbürokratie, die zur Behauptung ihrer angemessenen privilegierten Stellung über dem russischen Proletariat sich ausgesprochen faschistischer Methoden, des Polizei- und GPU-Terrors bedient, ausgerechnet sie wirft Tito seine faschistischen Terrormethoden vor! In Wahrheit vergewaltigen Stalin wie Tito die Massen, beide sind entartete Bürokraten, die ihre Stellung über den Massen mit allen Mitteln verteidigen. Der ungeheuerliche Zynismus der Kremlbürokratie zeigt sich gerade darin, bei Tito all das anzuprangern, was sie selbst seit mehr als zwei Jahrzehnten in Rußland, in den Stalinparteien praktiziert. Tito hat das alles bei den Stalin & Co. gelernt, und er hat bereits gezeigt, daß er ein sehr gelehriger Schüler war und ist! Aber die weitere Offensive der Kominform beweist, daß an eine Beilegung des Konfliktes nicht mehr zu denken ist. Der Bruch ist endgültig, Tito wurde von Moskau abgehängt. Er ist ein Stalinbürokrat - ohne Stalin, gegen Stalin.

Titos Parteitag

Der Parteitag der jugoslawischen Partei war eine Probe auf die Tiefe des Bruches sowohl als auch auf die Festigkeit von Titos Stellung. Er hat gezeigt, daß Tito nicht gesonnen ist, in der Hauptfrage auch nur das geringste Zugeständnis zu machen und daß seine Position fest genug ist, um den Bruch mit Moskau auf sich zu nehmen. Daß Tito den Parteitag mit den gewohnten Stalinschen Methoden vorbereitet hat, daß er dafür sorgte, daß sich keinerlei Opposition zeigen konnte, wird niemand überraschen, der die Stalinmethoden, denen Tito trotz seines Bruches mit dem Kreml treu bleibt, kennt. Daß sich über die Stalinmethoden Titos ausgerechnet die Stalinbürokraten aufregen, wird ebenso wenig überraschen: diese Clique beschäftigt sich jetzt damit, an Tito der Arbeiterklasse zu zeigen, wie sie es selbst ununterbrochen machte und weiter macht - und wehe jedem, der etwa, wie das Kind im Märchen von des Kaisers neuen Kleidern, seiner Entdeckung, daß Titos Methoden hundertprozentig die Methoden Stalins sind, laut Ausdruck geben würde! Trotz aller Ermunterung zu "offener Kritik", trotz aller "Parteidemokratie" würde er sehr rasch nähere Bekanntschaft mit der GPU und wahrscheinlich Sibirien machen!

Tito hat also seinen Parteitag sehr gut "vorbereitet": alles lief wie am Schnürchen. Einstimmig wurde die Kominformresolution abgelehnt. Dabei wurden den Stalin & Co. einige saftige Wahrheiten gesagt, insbesondere die Verleumdungsmethoden der Kominform heftig angeprangert. Tito versuchte natürlich auch zu laviieren: die Stelle über die Balkanunion wurde aus dem Parteiprogramm herausgenommen. Gleichzeitig wurde aber die Forderung nach Einverleibung von Bulgarisch-Mazedonien vom Parteitag stürmisch begrüßt. In einigen Nebenfragen gab sich Tito den Anschein, nachzugeben. Aber in den Hauptfragen blieb er unnachgiebig: er denkt nicht daran, vom Schauplatz abzutreten und einem direkten Agenten Moskaus Platz zu machen. "Tito ist die Nation und die Nation ist Tito", in diesem Satze faßte der Titoparteitag seine Gesamthaltung zusammen - und versetzte damit den Stalin & Co. eine schallende Ohrfeige. Gleichzeitig hat Tito einen erbarmungslosen Kampf gegen alle jene angekündigt, die sich geneigt zeigen, der Linie Moskaus zu folgen. Hier kann man sich darauf verlassen, daß es ihm Ernst damit ist.

In seiner Rede hat Tito einige Wahrheiten ausgeplaudert, die den wahren Charakter der "Volksdemokratie" zeigen, so unter anderem auch die Tatsache, daß die Massen Jugoslawiens im Vorjahr hungerten, weil Jugoslawien an die anderen "Volksdemokratien" Getreide lieferte. Zur selben Zeit hat die stalinistische Presse Jugoslawien als Paradies hingestellt. So versetzte Tito der stalinistischen Propaganda einen tüchtigen Stoß. Schließlich sei noch auf die stalinistischen Anwürfe gegen Titos Parteitag hingewiesen: der Parteitag finde in einer Atmosphäre "wildem Terrors" statt, Tito habe das Tagungsgebäude mit Truppen umstellt und Flakgeschütze postiert. Nun, dazu kann nur gesagt werden: Tito kennt seinen Meister! Verfügt die GPU nicht über Bombengeschwader? Und ist es noch nicht dagewesen, daß die GPU, dieses "demokratische" Werkzeug Stalins, Morde und Verbrechen genug ausgeführt hat? Warum sollte sie davor zurückschrecken, Titos Parteitag zu bombardieren? Tito sorgte eben vor - und die Stalin & Co. regen sich nur auf, weil sie überlistet wurden!

Tito beginnt zu "säubern"

Die letzte wichtige Nachricht ist die über die Ausschiffung der Tito anscheinend nicht voll ergebenen Elemente aus der Regierung der montenegrinischen "Volksrepublik". Während Titos Trabanten auf der Donaukonferenz Wyschinski applaudieren, läßt er bereits die Offen-

sive gegen die stalintreuen Elemente in Jugoslawien starten. Zweifellos bereitet sich Tito auf einen außerordentlich ernsten Kampf vor, und es ist nicht von ungefähr, wenn er auf dem Parteitag davon sprach, daß Moskau den Bürgerkrieg entfache. Tito wird den Kampf gegen jede, auch nur leiseste Opposition führen: darin ist er ebenso unversöhnlich wie die Moskauer Bürokratie. Auch er kann nicht den kleinsten Widerstand dulden: sein bürokratisches Regime beruht gerade darauf, daß er das Monopol seiner Partei unversehrt aufrechterhält. Er wird den Kampf mit militärisch-polizeilichen Mitteln führen, mit Prozessen à la Moskauer Prozesse Stalins, nur werden diesmal die Kreaturen Stalins die Opfer sein. Tito wird seine OZNA in Bewegung setzen, um die unterirdische Tätigkeit der Agenten Moskaus zu verhindern, die bereits begonnen haben, Kominformmaterial zu verbreiten. Aber auf dem Wege der inneren Unterhöhlung wird es Stalin kaum gelingen, Titos Regime zu stürzen. Er wird seine Aktionen kombinieren. Sich an die Massen zu wenden, ist ja überhaupt nicht seine Sache. Er wird trachten, Tito einfach aus dem Wege zu räumen. Wäre das aber so leicht, es wäre längst geschehen. Stalin kennt keine Bedenken: er hat die alte Garde Lenins aus dem Wege geräumt, er hält auch für Tito, seinem gestrigen Komplizen, die Kugel bereit. Das weiß auch Tito. Darum handelt er, Stalins Methoden gegen Stalin anwendend. Die jetzt einsetzende "Säuberung", die Tito vornimmt, ist eine neue Kraftprobe mit dem Kreml.

Weder Stalin, noch Tito - Vorwärts zum freien Rätejugoslawien!

Wir haben letzstens die eigentliche Wurzel des Konfliktes Stalin - Tito aufgezeigt. Hinter allem stehen die ökonomischen Fragen, die der eigentliche Motor sind, die den Konflikt erzeugten und weiter-treiben. Stalin, seine Satelliten ergreifen, wenn sich die letzten Nachrichten bewahrheiten, wofür alles spricht, gegen Jugoslawien wirtschaftliche Sanktionen, vor allem entziehen sie ihm die Ölzufuhr. Stalin will eine derartige Krise in Jugoslawien erzeugen, daß Titos Regime ihr Opfer wird. Jedenfalls zeigt sich, mit welchen Mitteln der Kreml und seine Trabanten gegen die gestern noch klassische jugoslawische "Volksdemokratie" vorgehen! Die Imperialisten riechen natürlich den Braten. England liefert bereits Öl. Bei USA hat Tito bereits wegen einer Anleihe "ohne politische Bedingungen" angefragt. Wohin treibt also Stalin Jugoslawien? Direkt in die Hände der Imperialisten. Und da bezichtigt er Tito des Nationalismus, des Abschwenkens zu den Imperialisten!

Wir haben letzthin geschrieben, daß Stalin in Jugoslawien absolut dem Kreml ergebene Elemente am Ruder braucht. Wozu? Die Moskauer Bürokratie geht heute in verstärktem Tempo daran, die Glacisländer in die Zange zu nehmen, die dort noch vorhandenen bürgerlichen Eigentumsverhältnisse auf bürokratisch-polizeilichem Wege zu beseitigen und den Eigentumsverhältnissen der Sowjetunion anzupassen. In diesen Aktionen beweist sich wieder, daß es sich bei der Stalinbürokratie um keine neue Klasse, sondern um eine auf dem Boden des Arbeiterstaates emporgewucherte entartete Bürokratie handelt, die gezwungen ist, überall jene Eigentumsverhältnisse herzustellen, die den Boden ihrer Privilegien abgeben. Diese Änderung der Eigentumsverhältnisse verbindet sie mit einer direkten Russifizierung, d.h. dem Einsetzen russischer Bürokraten. Über das Tempo dieser Anpassung kann im Voraus keine Prognose gegeben werden. Sicher ist aber, daß sich der Kreml dazu nicht unbeschränkt Zeit lassen kann. Bei diesem Anpassungsprozeß stehen Stalin vor allem jene Teile der Stalinbürokratie im Wege, die mehr oder weniger stark mit der einheimischen Bourgeoisie dieses oder jenes Glacislandes verknüpft sind. Zu ihnen gehört Tito,

der außerdem durch seinen Kampf noch mit den Massen verbunden ist. Es spricht für die außerordentliche Demagogie des Kreml, wenn das Kominformdokument, das Tito verdammt, ihn gleichzeitig zweier entgegengesetzter Tendenzen beschuldigt. Einmal spricht es von Bucharinismus, worunter es den Kurs auf den Großbauern meint, dem bekanntlich Bucharin 1926 in Rußland sein "Bereichert euch!" zurief. Gleichzeitig aber beschuldigt die Kominform Tito des Ultralinkstums, weil er die Kollektivisierung des flachen Landes vorantreibt, ohne daß noch die maschinellen Voraussetzungen dazu vorhanden wären! Man kann nur sagen: am Bucharinkurs war Stalin genau so mitschuldig wie er die überstürzte Kollektivisierung in Rußland 1930 auf dem Gewissen hat, die genau so ohne die nötigen technischen Voraussetzungen gestartet wurde, wie er das heute in Jugoslawien feststellt! Hier, in dieser Frage scheint es, ist Tito vor allem mit Stalin in Konflikt geraten. Tito will ein anderes Tempo als Stalin; er will vor allem aber oben bleiben und seinen Platz nicht einem direkten Agenten des Kreml räumen.

Stalin wie Tito bekommen heute die Folgen ihrer eigenen Verratspolitik an der proletarischen Revolution zu verspüren. Anstatt die Massen zum Sturz der Bourgeoisie zu mobilisieren, Grund und Boden entschädigungslos zu enteignen, den armen und landlosen Bauern zuzuteilen, haben beide, Stalin wie Tito, 1944/45 "volksdemokratische" Regimes in den Glacisländern aufgerichtet, die die Bourgeoisie nicht stürzten, sondern ihre Eigentumsverhältnisse konservierten, die Bourgeoisie nur dem politischen Diktat der Stalinbürokratie unterwarfen. Sie taten das vor allem aus Angst vor einer tatsächlich revolutionären Bewegung der Massen, weil diese über die Bürokraten hinweggegangen wäre, sie der Kontrolle der bewaffneten Massen unterworfen hätte. Die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Eigentumsverhältnisse in den Glacisländern führt nun unweigerlich zu einem neuen Erstarken der einheimischen Bourgeoisie. Stalin will das durch seine forcierten bürokratischen Aktionen verhindern. Tito versucht das hinauszuschieben, weil er diese Aktion nicht ohne direkte Hilfe des Kreml durchführen kann, dabei aber mit seinem Platz bezahlen müßte. Deshalb ist aber Stalin keineswegs "revolutionärer" als Tito. Das zu glauben, wäre grundfalsch! Stalin muß so handeln, weil er die entartete Bürokratie Rußlands vertritt, die an den durch die Oktoberrevolution geschaffenen Eigentumsverhältnissen schmarrt. Tito muß so handeln, weil er einen Kurs segelt, der auf die Bedürfnisse der von ihm politisch entmündigten jugoslawischen Bourgeoisie, vor allem der bäuerlichen, Rücksicht nehmen muß, um sein Regime zu erhalten. Weder der Weg der Stalinschen Assimilation, Anpassung der Eigentumsverhältnisse, die unmittelbar zur Annexion Jugoslawiens durch Rußland führen müßte, noch der Weg Titos sind in Wahrheit der Ausweg für die breiten Massen Jugoslawiens. Ihr Ziel kann nur sein ein Jugoslawien der Arbeiter und armen Bauern, getragen von deren Räten, das keinerlei bürokratische Herrschaft, weder die Stalins noch die Titos, über sich duldet!

Was sich die SP erhofft

Der Konflikt Stalin - Tito hat die SP auf den Plan gerufen. Sie erhofft sich, von dem ausgebrochenen Konflikt zu profitieren. "Zurück zu uns!", ruft die "Arbeiter-Zeitung" den Arbeiterkommunisten zu. Natürlich bedient sich die SP des alten Fälscherkunststückes, Stalins Politik und Methoden als kommunistisch hinzustellen, Stalinismus und Kommunismus gleichzusetzen. "Seht ihr, das kommt beim Kommunismus heraus!", ruft sie aus. Nein, nicht beim Kommunismus kommt das heraus. Das kommt beim Stalinismus heraus. Stalin selbst hat

längst mit dem Kommunismus, mit dem Marxismus-Leninismus gebrochen!
"Kommunist sein heißt bewußt auf die eigene Meinung verzichten, wenn die Moskauer Führung anderer Meinung ist. Moskau hat immer recht!", schreibt die "Arbeiter-Zeitung". Was sie hier ausspricht, gilt für den Stalinisten, nicht aber für den wirklichen, internationalen Kommunisten. Aber natürlich hat die SP, die "Arbeiter-Zeitung" nicht das geringste Interesse daran, die Wahrheit über die Internationalen Kommunisten, die Trotzlisten zu schreiben. Sie weiß, warum. Nur sie, die Internationalen Kommunisten, sagen den Massen die Wahrheit, entlarven den Betrug und Verrat von Reformismus und Stalinismus. Nur sie kämpfen unversöhnlich gegen Bourgeoisie und Imperialismus, nur sie verteidigen wahrhaft die Sowjetunion, weil die proletarische Revolution deren einzig wirkliche Verteidigung ist! Das kann natürlich die SP den Arbeitern nicht sagen. Sie muß einen Schwindel versuchen, um die ehrlichen Arbeiterkommunisten zu ködern. Aber wir sind sicher: jene ehrlichen Arbeiterkommunisten, die aus dem Konflikt Stalin - Tito die Lehren ziehen, die sich von der Stalinpolitik angeekelt abwenden, sie werden nicht zurück in den reformistischen Sumpf taumeln. Sie werden Schluß mit Reformismus und Stalinismus machen und vorwärts gehen zum Leninismus, zu den Internationalen Kommunisten, zur IV. Internationale!

Ein Wort zum Fall Presterl

Für die österreichischen Arbeiterkommunisten ist durch den offenen Ausbruch des Konfliktes Stalin - Tito der Fall Presterl in ein neues Licht gerückt worden. Jeder erinnert sich Presterls. Er war Spanienkämpfer, KZ-Häftling und kehrte 1945 nach Steiermark zurück, wo er in der Partei eine große Rolle spielte und Chefredakteur der Grazer "Wahrheit", des dortigen stalinistischen Organs, wurde. Er war ein begeisterter Anhänger Titos, den er in Spanien, als Tito noch für Stalins GPU tätig war, kennengelernt hatte. Presterl schrieb ein Buch über das "neue" Jugoslawien, in welchem er Tito Loblieder sang. Heuer im Frühjahr reiste Presterl mit seiner Braut Hilde Hahn nach Jugoslawien. Zwischen Tito und Moskau herrschte - nach außen hin - noch eitel Friede. Tito ließ Presterl an der Grenze abfangen, stellte ihn zusammen mit seiner Braut vor das Laibacher Gericht. Presterl wurde erschossen, Hilde Hahn zu lebenslangem Kerker "begnadigt". Was warf Tito Presterl vor? Er sei ein Gestapoagent gewesen, habe im KZ Tausende den Nazi ausgeliefert usw. Jeder ehrliche Arbeiterkommunist griff sich damals an den Kopf: was, ein Gestapoagent und Mörder kann also eine solche Rolle in der KP spielen, kann Chefredakteur ihres steirischen Organs werden? Die SP griff natürlich gierig nach dem Happen. Aber es kommt noch besser.

Als Tito kaltblütig Presterl erschießen ließ, herrschte - wohl gemerkt, nach außen hin - noch voller Friede zwischen Tito und Moskau. Die "Volksstimme" ergriff also damals, vier Wochen vor dem offenen Ausbruch der Krise Tito - Stalin, natürlich die Partei Titos und nahm alle Vorwürfe Titos gegen Presterl, den gestrigen Genossen der Kopleng, Fischer & Co., auf, bezeichnete Presterl als Gestapoagent, als Mörder von KZ-Häftlingen usw.

Vier Wochen später aber, - war Tito ein Verräter und Feind Moskaus! Wie liegt jetzt der Fall Presterl? Wie bekannt, liegen die Differenzen Tito - Moskau weit zurück, mindestens waren sie bereits im heurigen März hinter den Kulissen vorhanden. In wessen Auftrag reiste also Presterl im Mai nach Jugoslawien? Nachdem Tito ihn fassen und erschießen ließ, Tito damals bereits - verborgen den Arbeitern - im Konflikt mit Moskau lag, muß man also schließen: Presterl reiste im Auftrag Moskaus, im Auftrag der KPÖ nach Jugoslawien! Aber

dann war ja Presterl durchaus auf der Linie Moskaus - und das kostete ihm das Leben! Dann hat aber die "Volksstimme", die KPÖ ihren eigenen Mann, ihren eigenen Genossen vor den Arbeitern verleumdet, besudelt - nur um den Arbeitern nicht die Wahrheit sagen zu müssen, daß zwischen Tito und Moskau bereits der offene Bruch sich anbahnte! Die "Volksstimme", die KPÖ durfte damals den Arbeitern nicht sagen, daß Stalin mit Tito bereits auseinander war - und darum ließ sie ihren eigenen Genossen fallen, übernahm Titos Anschuldigungen gegen Presterl, rechtfertigte den Mord Titos an ihrem eigenen Genossen - deckten Titos Verbrechen!

Dieses infame Verhalten zeigt am besten, wie es mit der sogenannten KP, ihren Spitzen bestellt ist. Kein ehrlicher Arbeiterkommunist kann und darf zu diesen zynischen, gewissenlosen Bürokraten auch nur einen Funken Vertrauen haben. Was immer Presterl war, (und er war zweifellos ein Stalinbürokrat), eine solche infame Besudelung des eigenen Genossen schändet die Sache der Arbeiter. Die ehrlichen Arbeiterkommunisten sollen die Frage Presterl ernst durchdenken. Sie werden erkennen, daß niemand mehr den Kommunismus schändet als die Stalin & Co.! Sie müssen aus ihrer Erkenntnis die Konsequenz ziehen: Schluß mit dem Stalinismus! Keinen Funken Vertrauen für die Stalin, Koplenig & Co.! Vorwärts zum Leninismus, zu den Internationalen Kommunisten!

=====

Revolutionäres Ausnützen des bürgerlichen Parlamentarismus!

IPS(4), 31.5.48. - Im November finden in den USA Präsidentschaftswahlen statt. Die Socialist Workers Party (SWP) kandidiert dabei das erste Mal. Am 15.5. eröffnete ihr Nationalsekretär, James P. Cannon, die Wahlkampagne, indem er über den NBC-Rundfunk folgende Worte an die Wählermassen richtete:

"Die SWP beginnt heute ihre erste Präsidentschaftskampagne und präsentiert ihren Kandidaten Farrell Dobbs. Er ist einer jener 18 führenden Mitglieder der SWP und der Gewerkschafts-Lokalorganisation 544, die 1944 wegen ihrer Verteidigung der Gewerkschaftdemokratie und wegen ihrer Opposition gegen den Krieg ins Gefängnis geworfen wurden.

Die SWP ist in diesem Lande die einzige Vertreterin des wirklichen Sozialismus von Marx und Engels, von Debs und Haywood, von Lenin und Trotzki. Man nennt uns 'Trotzkisten', und wir sind stolz darauf, diesen Namen zu tragen, denn Trotzki war an der Seite Lenins der Führer und Organisator der russischen Revolution, dieser größten und fortschrittlichsten sozialen Tat der Geschichte. Noch mehr: Trotzki verteidigte bis zu seinem Tode die russische Revolution und die Prinzipien der Befreiung des Weltproletariats, die sich in ihr verkörperten, gegen die stalinistischen Verräter. Deshalb wurde er vor acht Jahren in Mexiko-City von einem GPU-Agenten ermordet.

Der Trotzkiismus ist eine weltweite Bewegung, die revolutionäre Kämpfer aller Länder und Nationen, aller Rassen und Farben in einer gemeinsamen Organisation vereinigt. Diese wurde von Trotzki 1938 gegründet und wird IV. Internationale genannt. Sie hat eben ihren Weltkongreß erfolgreich beendet. Die SWP bekennt ihre volle Sympathie mit dem Weltkampf, den die IV. Internationale für die Befreiung der Arbeiter und der Kolonialvölker von der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung führt. Die SWP wird aber durch das reaktionäre Voorhis-Gesetz am Beitritt zu ihr gehindert.

Farrell Dobbs selbst beschäftigte sich anschließend mit den Problemen des Klassenkampfes in den USA und forderte schließlich die Wähler auf, sich an die Seite der SWP zu stellen, um den drohenden Krieg durch den Sturz des kap. Systems, das Kriege züchtet, zu verhindern. - 17.6.48.

VORWÄRTS AUF DEN PROLETARISCHEN KLASSENWEG!

=====

"Noch lange Jahre",

so versicherte Figl in der Schweiz, werde die Zusammenarbeit von ÖVP und SP andauern. Figl hat damit wieder einmal die derzeitige strategische Linie der österreichischen Bourgeoisie ausgesprochen: Für die Zeit der kapitalistischen Sanierung auf Kosten der breiten Massen, vor allem der Arbeiterklasse, genannt "Wiederaufbau", kann die Bourgeoisie die Hilfe der SP nicht entbehren. Der kapitalistische Wiederaufbau ist zwar schon weit vorgeschritten, aber es sind noch einige Fragen offen: einmal das Zuendeführen des "Wiederaufbaues" auf Kosten der Massen, dann will die Bourgeoisie zweitens eine einschneidende Zurückdämmung der Massenbewegungen in den westeuropäischen Ländern, vor allem in Frankreich und in Italien, abwarten, um ihrerseits zur direkten politischen Offensive übergehen zu können, d.h. ohne und gegen die SP zu regieren. Mit kaum verhülltem Jubel begrüßt die kapitalistische Presse jede neue Niederlage des westeuropäischen Proletariats. Der Klassenmechanismus der nach Figl "noch lange Jahre" andauernden "Zusammenarbeit" zwischen Bourgeoisie und SPÖ ist klar: auf dem flachen Lande zieht die Bourgeoisie durch Tolerierung und verhüllte Förderung des Schwarzhandels mit Lebensmitteln breite Schichten der Bauernschaft hinter sich; die Arbeiterklasse verwandelt sie mit Hilfe der SP in eine direkte Stütze des kapitalistischen "Wiederaufbaus". Seit 1945 hat die österreichische Bourgeoisie ihren Staatsapparat fast völlig neu aufgebaut. Die ministerielle Bürokratie hat ihre alten Positionen wieder eingenommen. Der Justizapparat ist heute wieder klassenmäßig fest in der Hand der Kapitalisten. "Wo bleibt die Justiz?", ruft die "Arbeiterzeitung" anlässlich der offensichtlichen Sabotage der Prozesse gegen die Großschleichhändler aus. Arme "A.-Z.", die Justiz ist da, nur ist sie dank SP (und selbstverständlich auch dank der Stalinpartei wie wir weiter unten aufzeigen werden), genau so kapitalistisch geblieben wie vor 1945! Polizei und Gendarmerie, heute die bewaffnete Macht der Bourgeoisie darstellend, sind, was die Mannschaften anbelangt, seit 1945 hauptsächlich aus jungen, noch ohne jede Erfahrung in Produktion und Klassenkampf dastehenden Elementen aufgebaut worden. Dieser junge Apparat ist jedoch militärisch sehr erfahren: die meisten dieser Leute sind jahrelang im imperialistischen Heer gestanden. Das Offizierskorps von Polizei und Gendarmerie ist nach außenhin "demokratisch", in Wahrheit der Bourgeoisie voll ergeben, was die Polizeiaktion gegen die Jungarbeiterdemonstration vor dem Parlament eindeutig gezeigt hat. Die Spitzen des Offizierskorps sind meist Elemente, die aus der Ära vor 1938 stammen. Die wenigen seither zu Offizieren aufgerückten Elemente aus der Mannschaft stehen unter andauerndem Drucke, sind isoliert und haben im Ganzen keinerlei Einfluß auf das kapitalistische Funktionieren des Apparates.

Diese Wiederaufrichtung der kapitalistischen Polizei und Gendarmerie ist abgeschlossen. Die Bourgeoisie will ihnen jetzt noch ein Heer angliedern, wobei die SP willige Dienste leistet. Es ist klar, daß ein 50.000-Mann-Heer keinerlei Bedeutung nach außen hat, sondern lediglich zum Niederhalten des "inneren Feindes", d.h. des Proletariats dienen soll. Diesem erzkapitalistischen Machtapparat, den die SP den Arbeitern als "demokratisch" hinstellt, hat die Bourgeoisie in den vergangenen drei Jahren eine sich konsolidierende ökonomische Basis gegeben, den unter der Devise "Wiederaufbau" wiederaufgerichteten österreichischen Kapitalismus. Heute ist die Bour-

geoisie soweit, diese Seite ihrer Macht, die deren eigentliche Basis darstellt, völlig zu konsolidieren. "Freie Wirtschaft", das ist heute offen ihr Schlachtruf. Und sie hat den Kampf gegen die Bewirtschaftung der wichtigsten Artikel bereits weit vorgetrieben. Mittels Lohnstop und Währungs"reform" hat sie die Massen gehörig zur Ader gelassen. In beiden Fällen beansprucht die SP das Hauptverdienst für sich. Und mit Recht: sie trägt vom Standpunkt der Massen aus die Hauptverantwortung. Hatten und haben diese von der Kapitalistenklasse etwas anderes als Ausbeutung und Ausplünderung zu erwarten? Aber mehr noch: daß die Bourgeoisie diese Dinge so glatt unter Dach und Fach bringen konnte, das verdankt sie in allererster Linie der SP, die die Arbeiterklasse, die Lebensinteressen der Massen glatt den Raubinteressen der Kapitalistenklasse unterordnete, die Arbeiterklasse in eine Stütze des kapitalistischen "Wiederaufbaues" verwandelte. Die Bourgeoisie stellt das mit tiefer Befriedigung fest. Figl versichert der SP: noch lange Jahre werden wir zusammenarbeiten. Bleibt nur die Frage offen: werden sich die Arbeiter dazu hergeben, die Koalitionspolitik mit ihrem Todfeind fortzusetzen, einem Todfeind, der sie rücksichtslos ausbeutet, ausplündert und dann noch verhöhnt? Denn was ist z.B. die sogenannte Vermögensabgabe anderes als eine glatte Verhöhnung der Massen? Den Kapitalisten wird die Zahlung bis auf zweiundzwanzig Jahre erstreckt! Und was sie tatsächlich zahlen werden, das wird sich noch zeigen. Überdies können es sich bekanntlich die großen Haifische bei den Finanzämtern "richten". Die Arbeiter werden von Woche zu Woche ausgeplündert mit der Nazilohnsteuer, die kleinen Kaufleute, Handwerker werden rücksichtslos gepfändet, wenn sie nicht bezahlen. Wer kontrolliert, was die großen Räuber bezahlen, wie sie sich es "richten"? Niemand, denn darauf hält die Finanz- und Staatsbürokratie, an deren kapitalistischer Zusammensetzung sich dank SP (und auch Stalinpartei) nichts geändert hat, die Hand.

"Es geht aufwärts",

"in einem Jahre werden wir weiter sein" - so begrüßt die SP, ihr Organ, die "Arbeiter-Zeitung", die Erfolge des "Wiederaufbaues", d.h. in Wahrheit die Wiederherstellung des österreichischen Kapitalismus. Und sie hat recht: dieser Wiederaufbau auf Kosten der Massen, der Arbeiterklasse, der kleinen Leute in Stadt und Land ist auch ihr Werk. Nur ihre Politik der Zusammenarbeit, die die Bourgeoisie (siehe Figl) vorläufig noch fortzusetzen gedenkt, nur diese Politik der völligen Anpassung an die Interessen der österreichischen Kapitalisten hat es der Bourgeoisie ermöglicht, ihre Betriebe wiederaufzurichten, eine immer mehr gesteigerte Produktion zu entfalten, ohne daß sich dabei das Stück Brot für den Arbeiter vergrößert hat, ja, im Gegenteil: er knappert heute an einem viel kleineren Stück! Zwar ist der entschlossenste Teil der Kapitalistenklasse, der Flügel der Raab, Margaretha & Co. heute noch nicht imstande, seine Raubpläne mit voller Wucht durchzusetzen. Aber diese Herren sind gewiegt: sie wenden die bekannte Roßtäuschertaktik an. Sie verlangen 150%, um dann die von vorneherein beabsichtigten 100% durchzusetzen. Die restlichen 50%, die sie von vorneherein zu "opfern" bereit waren, überlassen sie der SP, die den Arbeitern mit dem neuen "Erfolg" die Augen auswischt. So erobert die Bourgeoisie Terrain um Terrain: waren es gestern Lohnstop (vom Preisstop brauchen wir nicht zu reden, er existierte von Anfang an nur auf dem Papier) und Währungs"reform", so sind es heute saftige "Subventionen", lies: Geschenke, an die "Landwirtschaft", d.h. an die Agrarier und Großbauern. Ja, es ging in den letzten drei Jahren aufwärts -

mit der Kapitalistenklasse! Mit der Arbeiterklasse, mit den breiten Massen aber ging und geht es abwärts! Das ist das unvermeidliche Resultat des kapitalistischen "Wiederaufbaues", für den die SP, die "Arbeiter-Zeitung" nicht genug anerkennende Worte hat. "Opfer müssen alle bringen", predigte sie den Arbeitern. Opfer haben gebracht und bringen täglich noch die Arbeiter, die breiten Massen, ihnen werden die Opfer abgepreßt in tausenderlei Formen. Die "Opfer" der Kapitalisten sehen so aus wie z.B. die Vermögensabgabe, die sie restlos aus den Knochen der Arbeiter wieder herausholen werden, wenn sie sie überhaupt (-in 22 Jahren!-) zahlen werden. Größte Schonung für die Kapitalisten, ihre "Opfer" dürfen die "Wirtschaft", d.h. den Profit nicht gefährden. Nicht einmal für die tuberkulösen Kinder, Opfer des kapitalistischen Krieges, des von den Kapitalisten über die Arbeiter verhängten Hungers, nicht einmal für sie haben die Kapitalisten etwas übrig: die Arbeiter bezahlen noch dafür, daß ihnen die kapitalistischen Banditen durch Krieg und Hunger die Kinder zugrunderichteten! SP und Gewerkschaftsführung aber segnen diese heuchlerische Aktion zur neuerlichen Schröpfung der Arbeiter ein und verlieren kein Wort über die wirkliche Ursache der Tbc-Verseuchung der Arbeiterkinder, machen nicht einmal den Versuch, die Kapitalisten zu zwingen, für die von ihnen zugrunde gerichteten Kinder auch zu bezahlen!

Aber die Erfolge?

Die SP ruft den Arbeitern zu, haben wir nicht schon genug Erfolge in diesen drei Jahren errungen (Urlaubsgesetz, Kollektivvertragsgesetz, Betriebsrätegesetz, Verstaatlichung usw.)? Wie steht es mit diesen "Erfolgen"? Das Realeinkommen der Arbeiter sinkt seit drei Jahren trotz aller "Erfolge" ununterbrochen. Der Arbeiter hat jetzt z.B. zwei, drei oder sogar vier Wochen Urlaub. Aber sein gesenktes Realeinkommen zwingt ihn, seinen Urlaub mit einem noch kärglicheren Stück Brot zu verbringen, wenn er nicht gezwungen ist, sich vom Kapitalisten den Urlaub in barer Münze ablösen zu lassen! Oder nehmen wir einen anderen "Erfolg": die Verstaatlichung. Ist etwa die Bourgeoisie nicht mit Erfolg daran, die wenigen verstaatlichten Betriebe in eine Situation hineinzumanteln, die sie schließlich zum Bankrott zwingt? Die SP jammert darüber - zeigt aber damit nur, daß die Bourgeoisie der wirkliche Herr im Hause ist, daß sie, die SP, tatsächlich ohnmächtig ist, auch nur etwas daran zu ändern. Oder die "Planwirtschaft", mit welcher die SP den Arbeitern vor den Augen herumfuchtelte. Was ist aus ihr geworden? Kein Sterbenswörtchen wird heute noch über sie verloren. Mantlers großartige "Plankommissionen" sind von der Bourgeoisie planmäßig eingesargt worden. Der schwarze Minister für Planung ist selbst, welch ein Hohn, gegen die Planung! Die SP vergießt einige Tränen darüber - aber rührt keinen Finger, ruft mit keinem einzigen Wort die Arbeiter auf, durch ihre kraftvolle Demonstration den Krauland, Kolb & Co., diesen erzkapitalistischen Feinden der Arbeiterklasse, zu zeigen, daß sie nicht allein auf der Welt sind.

Und so wie mit Urlaubsgesetz, Verstaatlichungen, Planwirtschaft steht es auch mit allen anderen "Erfolgen" der SP. Sie sind auf Sand gebaut. Wer den Kapitalisten ihren Staatsapparat läßt, anstatt ihn in Stücke zu hauen und einen Arbeitermachtapparat aufzubauen, wer den Kapitalisten ihre Betriebe läßt, deren Wiederaufbau für den kapitalistischen Profit noch stützt und fördert, anstatt die Betriebe den Arbeitern, deren Organen, den Räten, zu übergeben, die Produktion und Verteilung planmäßig im Interesse der arbeitenden Massen in Stadt und Land zu organisieren, der kommt unter die Räder! Genau

wie 1918 hat die SP gehandelt, als sie 1945 die Zusammenarbeit mit den Kapitalisten, den Figl & Co. aufgenommen hat. Das Resultat kann heute kein anderes sein als damals. Im Gegenteil: die "Arbeiter-Zeitung" selbst muß feststellen, daß die Frechheit der Bourgeoisie heute noch größer ist als damals! Siehe die Frage der Getreidezölle, mittels welcher die Bourgeoisie das Stück Brot der Arbeiter noch mehr verteuern will. Nach 1918, stellt die "Arbeiter-Zeitung" fest, hat sich die Kapitalistenklasse sechs Jahre Zeit gelassen, diesen Raubzug an den breiten Massen einzuleiten. Jetzt, nach 1945, rückt sie damit bereits nach drei Jahren heraus! Mathematisch gesprochen, könnte man sagen: das beweist nur, daß die SP heute doppelt so zahm und gefügig ist als nach 1918. Das alles ist Ergebnis der Politik der Zusammenarbeit mit den Figl & Co. Die SP spielt heute genau so ihre Rolle als (vergeblich) helfender Arzt am Sterbebett des Kapitalismus wie 1918. Zwar verfällt, trotz allen "Wiederaufbaues", der kranke Kapitalismus zusehends (morgen wird die neue Krise ihn aufs tiefste erschüttern) - aber die SP lähmt durch ihre Politik der Koalition mit den Todfeinden der Arbeiterklasse die Arbeiter daran, dem todkranken Kapitalismus den längst verdienten Gnadenstoß zu versetzen!

Der Appetit der Kapitalisten wächst

beim Essen. Profite hinauf, das ist die Hauptlosung der Bourgeoisie. Agrarier und Großbauern erpressen "kostendeckende Preise", d.h. Subventionen, die die Massen in Form von Steuern usw. abtragen. Und haben die Herren ihre Subventionen im Sack, dann hungern sie die Städte weiter aus, um das erpresserische Spiel von neuem zu wiederholen. "Zusammenbruch der Fleischversorgung", stellt die "Arbeiter-Zeitung" fest. Wie kann etwas zusammenbrechen, was nie funktioniert hat? Sie sucht die Schuldigen - im Landwirtschaftsministerium! Mit Verlaub: Kraus ist der Vertreter der Großagrarier und Großbauern. Weiß das die "Arbeiter-Zeitung" nicht? Ist von Kraus zu erwarten, daß er die Interessen der breiten Massen der Konsumenten wahrnimmt? Er ist dazu da, die Profite der Agrarier und der Dorfbourgeoisie zu erhöhen! Zeigt sich das allein nicht schon darin, mit welcher Unverfrorenheit er, wenige Tage nach dem Einstecken saftiger Subventionen, die Frage der Getreidezölle aufgeworfen hat? Um sich vor der Konkurrenz des Weltmarktes zu sichern, wollen die Kraus & Co. Getreidezölle haben und so das karge Stück Brot der Massen noch verteuern. Über alles der Profit! Das ist die Losung dieser Herren. "So geht das nicht", fuchtelt die SP herum. Aber die Praxis der "Zusammenarbeit" wird zeigen: es wird doch gehen, die Bourgeoisie wird ihre Profitinteressen durchsetzen, trotz allen Zeterns der SP. Indem diese ständig darauf verzichtet, die wahre Kraft der Massen auf den Plan zu rufen, sie zu machtvollen außerparlamentarischen Aktionen zusammenzufassen, um die Lebensinteressen der Massen gegen die kapitalistischen Räubereien zu verteidigen, verzichtet sie darauf, die kapitalistische Rauboffensive abzustoppen, liefert sie die Massen an die Bourgeoisie im Interesse der "Zusammenarbeit" aus. Wer sich dabei ins Fäustchen lacht, das ist die Bourgeoisie, wer dabei ständig der Gefoppte und Gerupfte ist, das sind die Massen.

Wem nützt die Koalitionspolitik?

Daß die Zusammenarbeit mit der SP, die nach Figls Versicherung noch "lange Jahre" (also keinesfalls ewig) dauern soll, der Bourgeoisie, den Raab, Kraus, Reither, Margaretha und ihren eigentlichen Auftraggebern, den Herren der Banken, der Großindustrie und des Groß-

grundbesitzes wertvolle, ja unersetzliche Dienste leistet, das zeigt die Geschichte der Jahre seit 1945, zeigt die wachsende Frechheit der Bourgeoisie, die sich 1945 kaum zu mucken wagte. Die kapitalistische Wirtschaft ist restauriert, sie beginnt die letzten Schranken, die ihren Profitinteressen noch im Wege stehen, zu durchbrechen. Der ökonomischen Wiederherstellung entspricht das wachsende Vertrauen der Bourgeoisie zu sich selbst: sie fühlt sich wieder obenauf und ist auch wieder Herr im Hause.

Der erste und tatsächliche Nutznießer der Zusammenarbeit ist also die Kapitalistenklasse. Sie weiß zwar, daß noch einige Fragen offen sind, wie Staatsvertrag, Besetzung usw., aber sie verläßt sich auf die Hilfe der USA, Englands, auf den Marshall"plan" und - auf die SP. Die Zusammenarbeit gibt ihr die Sicherheit, daß sich die Arbeiterklasse, die Massen mehr oder weniger der kapitalistischen Ausplünderungsoffensive willig unterwerfen lassen.

Haben die Arbeiterklasse, die breiten Massen bei der Zusammenarbeit gewonnen oder verloren? Ein Blick auf die Lage der Massen lehrt: sie haben die ganzen Lasten des Krieges getragen, furchterlichen Blutzoll geleistet; auf ihrem Rücken, auf ihre Kosten hat sich der kapitalistische Wiederaufbau vollzogen; sie haben gehungert und hungern noch, sie tragen die furchtbare Last der Teuerung, haben ihre Spargroschen verloren, sie allein haben die Opfer getragen und tragen sie weiter. Die Massen sind die tatsächlichen Verlierer bei der glorreichen Zusammenarbeit von Kapitalistenklasse, deren Partei, der OVP, und der SP.

Wenn also die Kapitalistenklasse bei der Zusammenarbeit gewonnen, die Arbeiterklasse, die Massen aber verloren haben, wie steht es dann mit der SP? Nun, die SP-Bürokraten gehören, vorläufig wenigstens, zu den Gewinnern! Wieso? Eine dünne Oberschichte von Arbeiteraristokraten, besser verdienenden Teilen der Arbeiterklasse, von Arbeiterbürokraten, die sich in den Gewerkschaften, Genossenschaften, in der SP häuslich eingerichtet haben, sie haben bei der Zusammenarbeit mit den Kapitalisten gewonnen. Tausende Posten und Pöstchen hat ihnen die Bourgeoisie (vorläufig) überlassen, vom Parlamentsstz angefangen über Verwaltungsposten in Gemeinde, Land und Staat bis zu Arbeiterkammern, Gewerkschaften usw. Diese dünne Oberschichte hat bei der Zusammenarbeit gewonnen, aber, wie gesagt, nur vorübergehend. Figl spricht ja auch nur von "langen Jahren". Aber selbst die langen Jahre werden unter Umständen sehr kurz ausfallen. Erleidet das Proletariat Westeuropas entscheidende Niederlagen, dann wird sich zeigen, daß die "langen Jahre" Figls sehr kurz sind: die SP wird aus Amt und Würden hinausgedrängt werden, Posten und Pöstchen werden kassiert werden, die Bourgeoisie wird ohne und gegen die SP regieren. Das sie das tun wird können, dazu schafft ihr die heutige Zusammenarbeit der SP alle Voraussetzungen: der kapitalistische Machtapparat ist wiederaufgerichtet, die kapitalistische Profitwirtschaft wiederhergestellt.

Aber, ruft die SP den kritisch fragenden Arbeitern zu, was hätten wir denn 1945 tun sollen oder können? Gab es denn damals, gibt es heute einen anderen Weg als den der Zusammenarbeit? Ja, es gab damals und es gibt heute einen anderen Weg. Es gab und gibt den Weg des revolutionären Klassenkampfes gegen die verfaulende Kapitalistenklasse, die für die Massen nur mehr Elend, Not, Hunger, Faschismus und Krieg hervorbringen kann. Dieser Weg hätte letzten Endes zum Sturz der Bourgeoisie, zur Errichtung der revolutionären Diktatur der Arbeiterklasse, zur Errichtung der Rätedemokratie geführt. Er hätte die Produktion wiederaufgerichtet im Interesse der Massen, die Betriebe den Ausschüssen der Massen, ihren Räten übergeben, die selbst Produktion und Verteilung in die Hand genommen und planmäßig, ohne jedes Profitinteresse, die Lebensbedürfnisse der

Massen befriedigt hätten. Dieser Weg des revolutionären Kampfes hätte die Arbeiter und armen Bauern, denen entschädigungslos der Großgrundbesitz überlassen worden wäre, bewaffnet und so einen Machtapparat geschaffen, der nicht mehr den kapitalistischen Profit- und Unterdrückungsinteressen, sondern den Interessen der Massen gedient und rücksichtslos jeden Versuch der Kapitalisten, sich der Herrschaft wieder zu bemächtigen, niedergeworfen hätte. Diesen Weg konnte die SP 1945 so wenig beschreiten wie 1918. Als Partei jener Oberschichten, die wir oben schilderten, konnte sie diesen revolutionären Weg nicht gehen. Sie zog die Zusammenarbeit vor. Die Folgen für die Arbeiterklasse, für die Massen zeigen sich heute und werden sich noch deutlicher zeigen.

Die Stalinpartei

Warum ist aber die "Kommunistische" Partei nicht diesen Weg gegangen, warum hat sie ihn nicht den Massen gezeigt und warum zeigt sie ihn nicht heute den Massen? Diese Frage haben sich tausende ehrlicher stalinistischer Arbeiter schon lange vorgelegt und legen sie sich heute noch vor. Die Antwort ist die: weil die KP seit zwanzig Jahren vom revolutionären Weg abgegangen ist, den Weg der proletarischen Revolution verlassen hat und zu einem Instrument der Außenpolitik der Kremlbürokratie geworden ist. Deshalb hat sie 1945 wie in allen Ländern (Frankreich, Italien usw.) auch in Österreich genau so wie die SP mit den Kapitalisten zusammengearbeitet, der Bourgeoisie geholfen, wieder in den Sattel zu gelangen. Wie die SP hat sie den Massen gepredigt: "Opfer müssen alle bringen": Sie hat den kapitalistischen Machtapparat mitaufgerichtet, die Arbeiter entwaffnet, Renner aus der Versenkung geholt, einige "Kommunisten" in Ministersessel gesetzt, einige in die Polizei usw. gesteckt, ohne jedoch den kapitalistischen Apparat wirklich zu zerstören. Erst seit dem Herbst 1947, als die Kominform auf einen Wink des Kreml entstand, ist die KP wieder "radikal" geworden, aus der Regierung ausgetreten, ohne jedoch auf die Linie des entschlossenen, unversöhnlichen Klassenkampfes gegen die Kapitalistenklasse zurückzukehren. Sie wirbt für die "Volksdemokratie", die nichts anderes als die Unterwerfung der Arbeiterklasse unter den Stiefel der Moskauer Bürokratie ist. Die Arbeiterinteressen werden so von der KP den außenpolitischen Interessen der Kremlbürokratie unterworfen: steht es zwischen Moskau und den Imperialisten gut, dann ist die KP noch zäher als die SP und bereit, die einheimischen Kapitalisten noch besser zu bedienen als die SP. Steht es aber schlecht, wie seit Herbst 1947, dann spielt sich die KP als wilder Mann auf, wagt aber nicht, den Massen den einzigen Ausweg aus dem kapitalistischen Elend zu zeigen, den Weg der proletarischen Revolution. Sie vertritt einzig gewisse Tagesinteressen der Arbeiter seither energischer, wie Lohninteressen usw., aber sie zeigt nicht den Weg aus dem Kapitalismus heraus, jenen Weg, der die Massen nicht zugleich dem bürokratischen Stiefel ausliefert. Welche Perspektive die "kommunistischen" Leiter wirklich beherrscht, das zeigt der von der KPÖ herausgegebene Wirtschaftsplan. In drei Jahren soll danach die "österreichische Wirtschaft" (d.h. die österreichische kapitalistische Wirtschaft, die Änderung der Eigentumsverhältnisse berührt dieser "Plan" überhaupt nicht) auf das Elendsniveau von 1938 "gehoben" werden! Dabei ist die wirkliche Lage heute so, daß die Wirtschaft keines einzigen Landes, sei es dieses oder jenes, rekonstruiert werden kann ohne einem gesamteuropäischen Plan, den natürlich weder Marshall, noch Churchill noch sonst ein kapitalistischer "Planer", sondern einzig und allein die Vertreter der "Vereinigten Sozialistischen Rätestaaten von Europa" entwerfen können!

Die "Kommunistische" Partei ist also, seitdem sie den revolutionären Weg verlassen hat, in Wahrheit keine kommunistische Partei mehr. Sie ist zur Stalinpartei geworden, zur Partei der Kremlbürokratie in jedem Lande, die sich einzig nach den außenpolitischen Interessen dieser entarteten Bürokratie ausrichtet, alle deren Schändlichkeiten in der Besatzungspolitik, in der Frage der Reparationen usw. bis zu Ende deckt. Die Arbeiter dürfen also ihre Hoffnung so wenig auf die Stalinpartei setzen wie auf die SP. Sie müssen sich die wirkliche revolutionäre Arbeiterpartei erst schaffen, die Partei des entschlossenen unversöhnlichen Klassenkampfes gegen den kapitalistischen Todfeind, die jede Zusammenarbeit mit ihm ablehnt, bekämpft, die sich in dieser Frage nicht nach dem Wind aus Moskau richtet, sondern immer und einzig stets nach den Interessen der Arbeiterklasse handelt!

Was müssen die Arbeiter heute unmittelbar tun?

Unmittelbar müssen die Arbeiter heute fest die Reihen zur Kampfeinheitsfront gegen die kapitalistischen Räubereien schließen. Trotz der verschiedenen politischen Auffassungen, die die Arbeiterklasse zerklüften, muß sie sich zum gemeinsamen Kampfe für die Verteidigung ihrer unmittelbaren Interessen in jedem Betriebe zusammenschließen. Im Vordergrund steht heute die Lohnfrage. Seit einem Jahre sind die Preise immer höher geklettert. Neue Attentate auf die Lebenshaltung der Arbeiter und kleinen Leute stehen bevor. Der Preisstop war von Anfang an ein Betrug. Hat Helmer mit seinen Polizeimaßnahmen ihn bisher nicht durchsetzen können, er wird ihn jetzt, wo der graue Markt bereits legal geworden ist, noch weniger verwirklichen können. An die 30% sind die Löhne bereits hinter den Preisen vom August 1947 zurückgeblieben. Die Arbeiter müssen diesen Lohnverlust aufholen, wollen sie nicht in noch größerem Elend versinken. Schon beginnen da und dort die Lohnbewegungen wieder aufzuflammen. Höherer Lohn ist der Kapitalistenklasse nur abuzwingen, nicht abzubetteln! Darum vorwärts zum gemeinsamen Kampfe um höheren Lohn! Zum Kampfe für ein ausreichendes Existenzminimum! Für die gleitende Lohnskala, die jeder Preiserhöhung sofort die entsprechende Lohnerhöhung folgen läßt! Die Arbeiter dürfen sich nicht mit dem Gespenst der Inflation schrecken lassen: warum haben sich die Kapitalisten nicht an den Preisstop gehalten, um die Inflation zu verhindern? Die Lohnerhöhungen müssen auf Kosten des Profits der Kapitalisten erkämpft werden, die Arbeiter und ihre Vertreter, die Betriebsräte, müssen gleichzeitig kontrollieren, daß die Lohnerhöhung von den Kapitalisten nicht auf die Preise der Produkte abgewälzt werden. In diesem Kampfe um höheren Lohn müssen die Arbeiter zu den entschiedensten Aktionsformen greifen, um die Kapitalisten zu zwingen, die Forderungen der Arbeiter zu erfüllen.

Von diesem Kampfe um ihr unmittelbarstes Interesse dürfen sich die sozialistischen Arbeiter nicht dadurch abhalten lassen, daß ihn die KP in den Vordergrund rückt, daß die Arbeiterkommunisten ihnen in diesem Kampfe vorangehen. Bei klarer Abgrenzung vom "volksdemokratischen" Irrweg müssen sie mit den Arbeiterkommunisten in den Betrieben einheitlich gegen die Kapitalisten auftreten! Sie müssen jedoch gleichzeitig dem Widerstand von SP- und Gewerkschaftsspitze gegen die Lohnbewegungen energisch entgegentreten und diese zwingen, die Forderungen nach höherem Lohn aufzunehmen und durchzusetzen. Sie müssen sie zwingen, die für das Proletariat so verderbliche Zusammenarbeit mit der Kapitalistenklasse einzustellen und den Weg des revolutionären Klassenkampfes gegen die gesamte Bourgeoisie zu betreten! Schluß mit der Zusammenarbeit mit den Figl & Co., Schluß mit

der verderblichen Koalition, die die Arbeiterklasse immer tiefer hinab bringt!

Den Kampf um ihr unmittelbarstes Interesse müssen die Arbeiter verbinden mit dem Kampf für den sofortigen Abzug aller Besatzungstruppen; für die Abschaffung jeder Zensur; für das freie Recht auf Parteibildung; gegen die Verschleppung von Personen; gegen die Beschlagnahmen, von welcher Seite sie immer vorgenommen werden; für die sofortige Übergabe der USIA-Betriebe an die Arbeiter, die sie genossenschaftlich verwalten werden; gegen alle Reparationen, die nur den breiten Massen aufgebürdet werden; für das freie Selbstbestimmungsrecht des österreichischen Volkes und für die Verbrüderung mit den Soldaten der Besatzungstruppen. Nur dieser energische Kampf für die unmittelbaren Lebensinteressen der Massen, für ihre demokratischen Rechte, nur dieser unversöhnlich gegen die gesamte Bourgeoisie ausgerichtete und geführte Klassenkampf ist zugleich der beste Kampf gegen die Marshallisierung Österreichs, seine Unterwerfung unter das Diktat von Wall Street!

In allen diesen Kämpfen werden die Arbeiter erkennen, daß sie ihren Kampf letzten Endes ausrichten müssen auf die Beseitigung der kapitalistischen Herrschaft und Macht überhaupt, daß alle anderen Lösungen nur das Übel verschlimmern. Weder die "sozialistische" Zusammenarbeit, die bürgerliche Demokratie der "zweiten Republik", noch die stalinistische "Volksdemokratie" sind das, was die Arbeiterklasse, die Massen brauchen. Sie brauchen die Macht der Arbeiter und armen Bauern, die sich stützt auf die frei gewählten Räte der Arbeiter, Soldaten und armen Kleinbürger und Kleinbauern, jene Macht, die das kapitalistische Großigentum an den Produktionsmitteln beseitigt, sie in die Hände des Arbeiterstaates nimmt, den armen Bauern und Landlosen den entschädigungslos enteigneten Boden übergibt. Nur diese Macht ist imstande, anstelle des verfaulenden, nur mehr Elend, Krisen, Krieg und Faschismus gebärenden Kapitalismus die sozialistische Planwirtschaft zu setzen, die einzig auf die Befriedigung der Massenbedürfnisse ausgerichtet ist. In diesem freien sozialistischen Räteösterreich, das nur Teil eines freien sozialistischen Räteeuropas sein kann, werden die Waffen in den Händen der Arbeiter und armen Bauern sein, die die wahren Friedenswächter sind. Weder raubgierige Kapitalisten, noch privilegienhungrige Bürokraten Marke Moskau werden die schaffenden Massen in Stadt und Land mehr unterdrücken können. Dieses Ziel leuchtet heute aus jedem kleinsten Kampf der Arbeiter hervor; jeder Kampfschritt beweist, daß die kämpfenden Massen, noch ohne es zu wissen, in dieser Richtung den Ausweg aus ihrer Lage suchen.

Das Ziel der revolutionären Diktatur der Arbeiter und armen Bauern ist aber weder mit Koalitionspolitik, bei welcher die Bourgeoisie gedeiht, noch mit der "Volksdemokratie", die die Macht in die Hände von brutalen Bürokraten legt, zu erreichen. Weder SP noch Stalinpartei können die Arbeiterklasse, die unterdrückten Massen auf diesen Weg führen. Dazu bedürfen sie der wirklichen Klassenpartei, der revolutionären Partei des Proletariats. Nur die Partei der IV. Internationale kann diese Partei sein. Sie zu schaffen ist die dringendste Aufgabe der vorgeschrittenen Arbeiter, die bereit sind, mit SP und Stalinismus zu brechen und kühn die revolutionäre Bahn zu betreten. - 14.8.48.

ZUR NEUEN LAGE IN FRANKREICH
=====

I.

In Frankreich wie in Italien hat die Arbeiterklasse in den letzten Wochen eine Reihe von Niederlagen und Schlappen erlitten, die vor allem auf das Konto des Stalinismus zu setzen sind. Noch sind es keine entscheidenden Niederlagen, die das Proletariat erlitten, d.h. solche, die imstande sind, es für eine längere Etappe von der politischen Bühne zu entfernen, es unfähig machen, eine neue Wendung der Lage herbeizuführen. Dennoch haben diese Niederlagen und Schlappen ihre Bedeutung. Sie stellen insbesondere den vorgeschrittenen Teilen des Proletariats dieser Länder die Aufgabe, sich der Lehren dieser Kämpfe voll bewußt zu werden und sie dem Proletariat zu vermitteln, um seinen morgigen Kämpfen den Erfolg zu sichern. In beiden Ländern, Frankreich wie Italien, haben die Ereignisse der letzten Wochen, die Niederlagen und Schlappen des Proletariats eine Lage geschaffen, die in ihrer weiteren Entwicklung von größter Bedeutung für den Gang des Klassenkampfes des europäischen Proletariats sein wird. Wir wollen hier die neue Lage in Frankreich und die sich aus ihr ergebenden Perspektiven näher untersuchen.

II.

Das Kabinett Schuman scheiterte an der Frage der Aufwendungen für die Armee. Ein volles Dutzend Milliarden wollte Schuman in den unersättlichen Rachen der imperialistischen Aufrüstung unter dem Titel "Modernisierung der Armee" werfen. Das wagte dieselbe Regierung (in der die SP saß), die den streikenden Arbeitern von Clermont-Ferrand und Beurgougnon schwerbewaffnete Polizei und Tränengas entgegensetzte, um ihren Kampf für höheren Lohn zu brechen. Die französische SP hatte kurz vor dem Auftauchen der Frage des Armeebudgets ihren diesjährigen Parteitag abgehalten. Ein neuer linker Flügel war hervorgetreten, der nicht die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie bekämpfte, sondern bloß aus Angst, den letzten Rest der der SP noch folgenden Arbeiter zu verlieren, für eine bessere "linke" Maskierung auftrat und den Blum & Co. opponierte. Dieser "linke" Flügel war aber immerhin stark genug, um die Schlußresolution des Parteitages zu beeinflussen, wenn auch die eigentliche Führung nach wie vor in den Händen der Blum und ihrer Trabanten blieb.

Als nun Schuman mit seiner Forderung für die Armee hervortrat, verweigerte die SP ihre Zustimmung. Damit war die Regierungskrise akut geworden. Schuman trat zurück. Daß die SP ein bloßes "linkes" Manöver aufgeführt hatte, zeigte sich schon darin, daß sie in die neue Regierung Marie - geschwächt eintrat! Das neue Kabinett brachte einen Ruck nach rechts: jetzt dominieren die "Radikalsozialisten", die völlig verfaulte Partei der Herriot, Daladier & Co., die MRP rückte an den zweiten Platz, gefolgt von der SP. Die Rechten verstärkten sich von einem auf zwei Sitze. Aber der "Radikalsozialist" Marie nahm in die Regierung Paul Reynaud auf, einen direkten und offenen Agenten des französischen Finanzkapitals, der entschlossen ist, dessen Interessen restlos durchzusetzen. Und dies, wenn nicht mit, dann ohne und gegen das Parlament! Dazu die Sondervollmachten, die Marie sich ausbedang und die die SP glatt schluckte. Blum gibt diesem Kabinett die Deckung von "links".

Die französische SP, der Erzverräter Blum sitzen also in einer Regierung, die offensichtlich entschlossen ist, das bürgerliche Parlament auszuschalten, zumindest zu umgehen und zu schwächen! Der "demokratische Sozialismus", ausgerüstet mit Sondervollmachten gegen das Proletariat, als Deckung dieser Würgwerkzeuge der Bourgeoisie für die Massen! Das Regierungsprogramm der Marie-Reynaud zeigt schon, was die Bourgeoisie vor hat: Abbau von Zehntausenden Staatsangestellten, Brotpreiserhöhung für die Massen usw. Im SP-Vorstand konnte selbst Blum nur eine sehr knappe Mehrheit für die Teilnahme an der Regierung erzielen.

III.

Fragen wir uns, wie sich die französische Stalinpartei während der Krise verhielt, so ergibt sich nur eine Antwort: vollständig zahm. Ihre Forderung gipfelte im Verlangen nach einer neuen "Volksfront"regierung. Dies sei, erklärte sie, die "letzte Gelegenheit", eine Regierung der "demokratischen Sammlung" aufzurichten. Um ihrer Forderung Nachdruck zu geben, rührte sie jedoch keinen Finger. Natürlich denkt die französische Bourgeoisie nicht daran, die Thorez & Co. in die Regierung zu nehmen. So erlitt die Stalinpartei mit ihrer Forderung eine neue Schlappe. Seit ihrem Hinausschmiss vor mehr als einem Jahre spielen die Stalinbürokraten mit der Kraft des französischen Proletariats, benützen sie seinen Tageskampf, um einen Druck auf die französische Bourgeoisie auszuüben, der diese in die außenpolitische Front der Sowjetunion bringen soll. Unterdessen ist die französische Bourgeoisie voll in die Front des USA-Imperialismus eingeschwenkt. Das ist das Ergebnis der Stalinpolitik, die 1944 die französische Bourgeoisie in den Sattel gesetzt hat, sie dadurch ununterbrochen gestärkt hat, die französische Arbeiterklasse in den kapitalistischen "Wiederaufbau" einspannte, sie entwaffnete zugunsten, wie Thorez sagte, "einer Polizei, einer Regierung" - die Streiks verwarf als "Werkzeug der Trusts". Die innerpolitische Stärkung der Bourgeoisie, die sie vor allem der verräterischen Stalinpolitik verdankt, hat schließlich dazu geführt, daß sie auf die Dienste der Thorez & Co. verzichten konnte - und sie im Frühjahr 1947 aus der Regierung hinauswarf. Dafür stieg am anderen Pol De Gaulle empor, der sich bereits als Anwärter auf die Macht aufspielt, gestützt auf seine Banden und den mit Hilfe der Stalinpartei aufgerichteten kapitalistischen Staatsapparat.

In der letzten Krise zeigte also die Stalinpartei wieder ihre "Volksfront"fratze. Zwischen Betteln und Drohen schwankte sie hin und her. Dabei preist sie der Bourgeoisie ihre Politik als die wirklich "französische" an, tritt für die deutschen Reparationen auf, wetteifert mit De Gaulle darin, der französischen Bourgeoisie ihren Raubanteil an der Ruhr zu sichern usw. Das alles nur, um die Bourgeoisie zu überreden, sich außenpolitisch zur Sowjetunion hin zu orientieren. Aber alles vergeblich: die französische Bourgeoisie kann sich gerade auf Washington orientieren, weil ihr die stalinische Verratspolitik von 1944 bis 1947 die Macht wieder völlig in die Hände spielte. Ihrer innenpolitischen Stärkung folgte die außenpolitische Schwenkung zu den USA. Die Thorez & Co. stehen heute den Früchten ihrer eigenen Verratspolitik an französisches Proletariat gegenüber!

IV.

Welche neue Etappe des Klassenkampfes liegt heute in Frankreich vor? Die Bourgeoisie hat jetzt auf die Niederlage des Generalstreiks vom November des Vorjahres, auf die weiteren Schlappen, die die französische Arbeiterklasse seither erlitten - Niederlagen und Schlappen, die vor allem auf das Konto der verräterischen Stalinpolitik zu setzen sind - geantwortet. Sie ist zu einem Regime übergegangen, das beginnt, die "demokratischen Spielregeln" außer acht zu lassen, um noch intensiver als bisher die französischen Massen auszuplündern. Die Regierung der Sondervollmachten wird bald ihre ganze Linie zeigen: heute als Sondervollmachten für die "Wirtschaft", d.h. für die Sicherung des Profits, hingestellt, wird sie Marie morgen dazu nützen, um Schritt für Schritt auch die politischen Rechte der Massen zu beschneiden, damit sie gegen die verschärfte Ausplünderung keinerlei Widerstand entwickeln können. Die parlamentarische Kulisserie, sowieso schon ziemlich hergenommen, erhält jetzt große Löcher. De Gaulle will sie morgen in Fetzen zerreißen.

Die Bourgeoisie wagt es also bereits, unverhüllt mit offen-diktatorischen Kampfmitteln hervorzukommen. Sie wird diese Kampfmittel anfangs zweifellos mit großer Vorsicht gebrauchen. Sie umschleicht heute noch die Massen, denen sie Teilschläge versetzte und weiter versetzen will. Sie geht den "verfassungsmäßigen Weg" - zu De Gaulle, wie jetzt das Gesetz über den "Rat der Republik" zeigt. Aber dieser "verfassungsmäßige" Weg hat seine bestimmte Grenze: schließlich wird die Bourgeoisie das Proletariat im offenen Kampfe niederwerfen müssen. Darauf bereitet sie sich heute schon ernstlich vor. Die Polizeiattacken von Clermont-Ferrand und Bergeugnon gegen die streikenden Arbeiter sind Probegalopps, so wie der Polizeikrieg De Gasperis in Italien gegen die Streikenden. Akut wird die Gefahr des offen-bewaffneten Schlages gegen die Arbeiterklasse werden, wenn die herannahende kapitalistische Wirtschaftskrise den französischen Kapitalismus an den Rand des Abgrunds bringen wird, ihn zwingen wird, die Ausplünderung der Massen ungeheuerlich zu steigern. Für diesen Zeitpunkt hält sie De Gaulle oder einen Über-De Gaulle bereit.

Die heutige Politik der Sondervollmachten wird die SPF weiter aufs schwerste bei den Massen kompromittieren. Ihre innere Zerklüftung wird fortschreiten. Sie wird wahrscheinlich zur Bildung einer neuen zentristischen Partei führen, die die Mitte zwischen den Blum & Co. und der Stalinpartei besetzen wird, eine Position, die von vorneherein vollkommen aussichtslos ist.

Die französische Stalinpartei wird neuerlich versuchen, die Arbeiterklasse gegen die Regierung Marie-Reynaud zu mobilisieren. Aber die Arbeiter haben die Niederlage des Generalstreiks vom November nicht vergessen. Trotzdem hat die Stalinpartei heute immer noch den Haupteinfluß auf die französische Arbeiterklasse. Sie ist aber unfähig, ihr den einzigen Ausweg aus der Lage zu weisen: den Weg zur proletarischen Revolution, den Weg zur proletarischen Diktatur. Eben deshalb öffnet sie der Bourgeoisie den Weg zur offenen Diktatur, den Weg zu De Gaulle. Sie wird vor allem auf parlamentarischen Boden versuchen, der Offensive der Bourgeoisie entgegenzuwirken. Aber die Bourgeoisie zeigt selbst, daß sie diesen Boden mehr und mehr verlassen will und muß. Sie selbst verlegt den Kampf mehr und mehr auf das außerparlamentarische Kampffeld. Dort aber stellt heute selbst der kleinste Teilkampf die Frage nach der Notwendigkeit der Macht des Proletariats. Und eben zu ihr das Proletariat zu führen, ist die Stalinpartei nicht imstande. Sie war 1944 nicht gewillt und imstande, die Macht der am Boden liegenden Bourgeoisie zu zerstören.

Sie ist es heute ebensowenig.

De Gaulle hat anlässlich der Regierungskrise seine Bereitschaft erklärt, die Macht zu übernehmen. Seine Banden beginnen bereits, gedeckt vom kapitalistischen Staatsapparat, die Arbeiterklasse da und dort anzugreifen. Die Bourgeoisie rechnet mit De Gaulle, hält aber seine Zeit für noch nicht gekommen. Die parlamentarische Maschine soll sich noch mehr totlaufen, soll in den Augen der Massen völlig kompromittiert werden, SPF und Stalinpartei noch Federn lassen. Die SPF ist bereits daran, ihre letzten Massenpositionen zu begraben. Die Stalinpartei soll ihr auf diesem Wege folgen. Dann wird die Bourgeoisie die Zeit für gekommen halten, zum offen-blutigen Schläge auszuholen.

So ist die heutige Klassenkampfsituation in Frankreich durch eine weitere Zuspitzung des Klassenkampfes, durch eine neuerliche Verschärfung der Klassegegensätze charakterisiert. Die Lager polarisieren sich noch mehr. Die Stalinpartei, die im Bewußtsein des französischen Proletariats noch als seine Partei gilt, steht dem sich konsolidierenden Lager De Gaulles heute noch unmittelbar gegenüber. Die Regierung Marie-Reynaud wird versuchen, zwischen den Lagern zu manövrieren, natürlich grundlegend darauf ausgehend, De Gaulle das Bett zu bereiten. Die neue Regierung erhält so bonapartistische Züge, ihr Regime den Charakter eines Übergangsregimes zu De Gaulle - wenn das Proletariat nicht handelt!

Die neue Klassenkampfetappe wird neue und verschärfte Schläge der Bourgeoisie gegen die Massen bringen. Alles hängt davon ab, welchen Führer sich die Massen geben. Nur zwei Wege sind real: für die Massen, für das Proletariat an ihrer Spitze, der Weg zur proletarischen Revolution, - oder der Weg der Bourgeoisie, die bereit ist, dem Proletariat eine entscheidende Niederlage beizubringen, um ihr wankendes Regime weiter behaupten zu können.

V.

Welchen Weg müssen die revolutionären Arbeiter Frankreichs gehen, um aus der heutigen Lage auf den Weg zur proletarischen Revolution zu gelangen, die Massen auf ihn zu bringen? Auf der unmittelbaren Tagesordnung steht der Kampf zur Verteidigung der elementarsten Lebensinteressen der Massen gegen die verschärften Raubangriffe der Bourgeoisie, die sie mittels der Sondervollmachten vortreiben will. Diesen Verteidigungskampf kann das Proletariat erfolgreich nur führen durch den einheitlichen Kampf der ganzen Klasse, wie groß auch ihre politische Zerklüftung sei. Die Propaganda der proletarischen Kampfeinheitsfront und der Kampf zu ihrer Verwirklichung als unmittelbare Notwendigkeit für die Massen zur Verteidigung ihrer Lebensforderungen, ihrer demokratischen Rechte, der Ansätze der proletarischen Demokratie gegen die halbbonapartistische Staatsgewalt und die Banden De Gaulles, die in ihrem Schatten gedeihen, stellt sich heute als Hauptaufgabe vor die revolutionäre Vorhut der französischen Arbeiterklasse. Noch kann keine Rede davon sein, daß das Proletariat eine entscheidende Niederlage erlitten hätte. Die Energie des Proletariats ist noch nicht gebrochen. Nur das ungestörte Weitergehen des "sozialistischen" Verrates der Blum & Co. wie der stalinistischen Verratspolitik, die die Massenkraft lediglich ausnützt, um auf die Bourgeoisie einen Druck in der Richtung einer außenpolitischen Umerorientierung zu Rußland hin auszuüben, würde unvermeidlich mit der Katastrophe des französischen Proletariats enden. Aber noch ist diese Frage durchaus offen. Das Proletariat hat, trotz der Niederlagen und Schleppen, die es dank SP

DIE TROTZKISTEN PALÄSTINAS GEGEN DIE TEILUNG DES LANDES
=====

Der nachfolgende Artikel ist ein Auszug aus einer in "Kol Hamamad" ("Klassenstimme"), dem hebräischen Organ der palästinensischen Sektion der IV. Internationale, erschienenen Erklärung anlässlich des Teilungsbeschlusses der UNO. Die deutsche Übersetzung stammt aus "Solidarität", dem deutschen Organ der IV. Internationale Nr. 46 - Juni 1948, das von der RCP in England herausgegeben wird. Vergleiche hierzu die im "Der Spartakist" Nr. 29 und Nr. 32/33 erschienenen Artikel. - Die Red.

Politiker und Diplomaten suchen noch immer nach einer Formel für die verhängnisvolle Situation, in die Palästina durch die Entscheidung der "Vereinten Nationen" in bezug auf die Teilung des Landes gebracht worden ist.

Es ist noch nicht so lange her, daß arabische und jüdische Arbeiter sich in Streikaktionen gegen die fremden Unterdrücker vereinten. Diesem gemeinsamen Kampf ist ein Ende gemacht worden. Heute werden die Arbeiter dazu aufgehetzt, sich gegenseitig umzubringen. Die Hetzer haben ihr Ziel erreicht.

Die Zionisten fühlten sich von einem Triumphgefühl gehoben, als ihnen die Köche der "Vereinten Nationen" den Knochen hinwarfen. "Unsere Arbeit, unsere gerechte Sache haben gesiegt..... vor dem Richterstuhl der Nationen."

Der Zwergstaat, der zu klein ist, um die jüdischen Massen aufzunehmen, kann nicht einmal das Problem seiner eigenen Bürger lösen. Der hebräische Staat kann im arabischen Osten nur Antisemitismus säen und kann sich leicht - wie Trotzki sagte - als eine Todesfalle für Hunderttausende von Juden herausstellen.

Wirkungen der Teilung

Die Führer des arabischen Bundes reagierten mit drohenden Reden auf den Teilungsbeschuß. Der Zionistenstaat ist für sie ein Geschenk Allahs. Dadurch, daß sie die Arbeiter und Fellachen "zum heiligen Krieg zur Rettung Palästinas" aufrufen, glauben sie, deren Verlangen nach Brot, Land und Freiheit zu betäuben.

Die Feudalherren von Palästina haben kürzlich einen Teil ihrer Unterstützung eingebüßt. Die arabische Arbeiterklasse ist während des Krieges zahlenmäßig und in ihrem politischen Bewußtsein gewachsen. Jüdische und arabische Arbeiter haben gemeinsam gegen den fremden Unterdrücker gekämpft. Eine stark linksgerichtete Gewerkschaft war entstanden.

Der Teilungsbeschuß hat den Klassenkampf der palästinensischen Arbeiter gelähmt. Die Aussicht, den zionistischen "Eroberern von Land und Arbeitskräften" in die Hände zu fallen, hat unter den arabischen Arbeitern und Bauern starke Befürchtungen hervorgerufen. Nationalistische Kriegsparolen sind auf fruchtbaren Boden gefallen. Und damit ist die Gelegenheit für die feudalen Mörder gekommen. So bietet die Teilungspolitik den Feudalen die Möglichkeit, das Rad der Geschichte zurückzudrehen.

Die Teilungspolitik hat auch schon ihre ersten Früchte getragen: Juden und Araber versinken in einem Meer chauvinistischer Begeisterung. Triumph auf der einen Seite - aufgepeitschte Hochspannung auf der anderen. Kommunisten werden ermordet; Pogrome unter den Juden angezettelt. Mord und Provokation wechseln einander ab. Die "Straf-Expeditionen" der Haganah sind Öl auf die Propagandamaschine der

arabischen Patrioten in ihrem Aushebungsfeldzug unter den Massen für weiteres Blutvergießen. Der militärische Konflikt und die Zerschlagung der Arbeiterbewegungen sind eine Wohltat für die chauvinistischen Extremisten beider Lager.

Angesichts der patriotischen Weile ist es sehr schwierig, zwischen den Lagern zu stehen. Die zionistischen "sozialistischen" Parteien haben ihre antiimperialistischen Phrasen und ihren hartnäckigen "Widerstand" gegen eine "Zersplitterung des Landes" schnell "korrigiert" und unterstützen jetzt mit Begeisterung die imperialistische Teilungspolitik. Das war nur eine Kleinigkeit, ein bloßer Wechsel zionistischer Taktik.

Man hätte jedoch erwarten können, daß wenigstens die Kommunistische Partei von Palästina eine andere Stellung einnehmen würde. Haben sie nicht häufig vor den fatalen Folgen gewarnt, die die Errichtung eines jüdischen Staates mit sich bringen würde?

"Eine Teilung muß sowohl für den Juden wie für den Araber verhängnisvoll werden..... Teilung ist ein imperialistischer Plan, der der britischen Herrschaft wieder neues Leben einflößen soll....." (Zeugnis der PCP vor der englisch-amerikanischen Untersuchungskommission am 25.3.46.)

Nachdem dieser Plan jedoch mit der Unterstützung des russischen Vertreters verwirklicht worden ist, erklärte Kol Ha'am eilig: "Demokratie und Gerechtigkeit haben die Oberhand gewonnen"(!). Und über Nacht erschien eine umgetaufte 'Partei von Eretz Israel' (die Kommunistische Partei des Hebräer Landes).

Anstatt der Vortrupp der arabischen und jüdischen Massen im anti-imperialistischen Kampf zu sein, wurde die Kommunistische Partei von Palästina das "kommunistische" Schwanzende der "linken" Zionisten. Und das in einem Augenblick, in dem der Zionismus am klarsten sein konterrevolutionäres Gesicht, seine Dienstfertigkeit gegenüber dem Imperialismus zeigt.

Die Politik der palästinensischen Kommunistischen Partei hat überhaupt keine Beständigkeit. Sie spiegelt sowohl die Erfordernisse des Klassenkampfes der jüdischen Arbeiter wie auch die Bedürfnisse der Sowjet-Außenpolitik wider. Der Klassenkampf erfordert eine klare, internationalistische Politik, die Verneinung des Zionismus und der damit verbundenen Unterscheidung zwischen Arabern und Juden. Andererseits verlangt die Anpassung der Parteilinie an die diplomatischen Manöver von Rußland eine "elastische" Politik, der das Rückgrat fehlt. Das Ergebnis ist die notorische Zick-Zack-Politik, als deren Folge die PCP sich jetzt an den zionistischen Karren anspannen muß. Das fünfte Rad am Wagen!

Die arabischen Stalinisten, "Der Nationale Befreiungsbund", sind nicht besser gefahren als ihre jüdischen Kollegen. Der Zwang, die russische Unterstützung des jüdischen Staates zu rechtfertigen, hat sie in eine sehr unangenehme Lage gebracht. Es war nicht anzunehmen, daß die arabischen Arbeiter diese Linie anerkennen würden. Nachdem Zarapkin sich für die Teilung ausgesprochen hatte, begegnete der "Nationale Befreiungsbund" allgemeiner Ablehnung und Feindschaft.

Die Politik der Sowjet-Union hat die Stellung des Bundes unter den arabischen Werktätigen untergraben. Augenblicklich agitiert der "Nationale Befreiungsbund" für Frieden und hat alle Hände voll damit zu tun, die provokatorische Rolle der britischen Regierung bloßzustellen. Aber nachdem er vorher jahrelang nach der "nationalen Einheit" (mit den feudalen Husseinis, den jetzigen Kriegshetzern) geschrien hatte, wirkt seine gegenwärtige Haltung nicht sehr überzeugend.

Ein Verteidigungskrieg?

Beide Lager mobilisieren die Massen unter dem Deckmantel der "Selbstverteidigung". "Wir sind angegriffen worden, wir müssen uns verteidigen!" sagen die Zionisten. "Wir müssen die Gefahr der jüdischen Eroberung abwehren!" erklärt das Arabische Hauptkomitee. Wo ist die Wahrheit?

Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Der Krieg, den die arabischen Feudalisten führen, ist nur die Fortsetzung ihres reaktionären Kampfes gegen die Arbeiter und Fellachen (Bauern), die Unterdrückung und Ausbeutung abzuschütteln versuchen. Für die Effendis (Feudalherren) bedeutet die "Rettung von Palästina": Sicherung ihrer Einkommen auf Kosten der Fellachen, Aufrechterhaltung ihrer Alleinherrschaft in Stadt und Land, Zerschlagung der Arbeiterorganisationen und der internationalen Klassensolidarität.

Der Krieg, den die Zionisten führen, ist die Fortsetzung ihrer Expansionspolitik auf der Grundlage der Unterscheidung zwischen den beiden Völkern: sie verteidigen "Kibbush avoda" ("Eroberung der Arbeit" durch Verdrängung arabischer Arbeitskräfte), "Kibbush adama" (Verdrängung der Fellachen), Boykott arabischer Waren und "Hebräische Herrschaft". Der militärische Konflikt ist das unmittelbare Ergebnis zionistischer Eroberungspolitik.

Von diesem Krieg kann nicht gesagt werden, daß er einen fortschrittlichen Charakter trüge, weder auf der einen, noch auf der anderen Seite. Der Kampf entfesselt keine fortschrittlichen Kräfte oder beseitigt soziale oder wirtschaftliche Hindernisse in der Weiterentwicklung der beiden Völker. Er schwächt die Arbeiterklasse und stärkt den Imperialismus in beiden Lagern.

Was ist zu tun?

Jedes Lager ist "anti-imperialistisch" bis auf die Knochen und krampfhaft bemüht, die Reaktion - im feindlichen Lager - zu entdecken. Und der Imperialismus hilft immer - der anderen Seite. Denn die aufhetzerische Politik des Imperialismus beruht auf Agenten und Agenturen in beiden Lagern. Daher sagen wir zum palästinensischen Volk, indem wir den patriotischen Kriegshetzern entgegentreten: verwandelt diesen Krieg zwischen Juden und Arabern, der den Zwecken der Imperialisten dient, in einen gemeinsamen Krieg der beiden Nationen gegen den Imperialismus.

Wir sagen den jüdischen und arabischen Arbeitern: der Feind ist in Eurem eigenen Lager!

Jüdische Arbeiter! Verjagt die zionistischen Provokateure, die von Euch verlangen, Euch auf dem Altar des Hebräer Staates zu opfern.

Arabische Arbeiter und Bauern! Verjagt die chauvinistischen Provokateure, die Euch zu ihrem eigenen Nutzen und für ihre eigenen Taschen in ein Blutbad treiben.

Arbeiter beider Völker, vereinigt Euch in einer gemeinsamen Front gegen den Imperialismus und seine Agenten!
